

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Renate Lepsius MdB warnt die Regierung vor einer inhaltsleeren Aufarbeitung unserer Geschichte.
Seite 1

Liesel Hartenstein MdB weist der Regierung nach, daß nicht einmal ihre Mineralölsteuersenkung zum gewünschten Erfolg geführt hat: Bleifrei bleibt teuer.
Seite 4

Hans Günter Brauch, Friedensforscher, nennt die These vom wachstumsfördernden "spin-off" eine Mär der Krieg der Sterne-Enthusiasten.
Seite 5

Fritz Gautier MdEP wirft ein Schlaglicht auf Kohls neueste Europakapriolen: Bonn ringt mit dem "rektifizierten Traubenmost".
Seite 7

40. Jahrgang / 69

11. April 1985

Der Bundespräsident sollte diese Chance ergreifen:

Der 8. Mai 1985 ist ein überzeugendes Gründungsdatum für das "Haus der Geschichte"

Von Dr. Renate Lepsius MdB

In einem Entschließungsantrag hat die SPD-Bundestagsfraktion die Initiativen aus den Reihen des Parlaments und der Bundesregierung, ein Ausstellungs-, Dokumentations- und Informationszentrum zur jüngeren deutschen Geschichte in der Bundeshauptstadt Bonn zu errichten, begrüßt. Freilich hat die SPD-Bundestagsfraktion auch deutlich gemacht, daß die Errichtung eines "Hauses der Geschichte" nur dann einen positiven Beitrag zur Erneuerung eines die Gesamtheit der Bürger umfassenden Geschichtsbewußtseins leisten kann, wenn seine Planung von größtmöglichen Konsensus aller Beteiligten getragen wird. Denn der Deutsche Bundestag insgesamt trägt die Verantwortung für die Errichtung des "Hauses der Geschichte". Sie kann und soll nicht in der alleinigen Verantwortung der vollstreckenden Regierungsorgane oder etwa des Bundesinnenministeriums liegen.

Die Geschichte der Bundesrepublik ist nicht die Geschichte ihrer Regierungen, der Verträge und Gesetze, sondern sie zeigt sich einerseits in der Realisierung der Verfassungsprinzipien und andererseits in der Entwicklung der Lebensverhältnisse der gesellschaftlichen Strömungen sowie alternativer Konzepte für einen Ausbau der politischen Kultur. Diese Geschichtsauffassung kann nicht in einem rein chronologischen, auf den Rhythmus des Parlaments und seiner Regierung abgestellten Ablauf der Historie zum Ausdruck kommen. Ich meine, der systematische Vollzug einer Ausstellung, aus der Bürger etwas für ihre Identitätsfindung in der deutschen Geschichte mitnehmen sollen, ergibt sich deshalb überwiegend aus einem systematischen, eben prinzipiell nicht chronologischen Geschichtszusammenhang.

Weitgehend läßt sich eine solche Systematik für ein "Haus der Geschichte" auch aus der Vielfalt historisch mitunter kontroverser Auffassungen, wie sie die Historikerschaft in sich widerspiegelt, vor allem aber aus dem Grundgesetz selbst ableiten. Natürlich denke ich dabei an die drei Staatsziele: Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat, zusammen mit dem Organisationsprinzip des Bundesstaates. In diesem Sinne wären die Grundrechte und die Staatsorganisation der Bundesrepublik mit ihren unterschiedlichen Organen durchaus "kritisch", also als eine Daueraufgabe und nicht als lediglich rechtliche Normen zu reflektieren: Die konstitutiven Institutionen für die Gesellschaft der Bundesrepublik sind entsprechend zu berücksichtigen: Die Parteien, die Gewerkschaften und Verbände, die Kirchen, die Betriebsverfassung und die Mitbestimmung, wie auch die öffentlichen Rundfunkanstalten: Sie alle gehören zu den Grundpfeilern der Bundesrepublik, die unsere gelebte Demokratie und Verfassung austachen.

Ein solches, nicht auf "Chronologie" (dem einfalllosesten aller Ordnungsprinzipien) abgestelltes Museumskonzept hätte eine ganze Reihe von Vorteilen: Es wäre geeignet, das schwierige Problem der "Vorgeschichte" der Bundesrepublik überzeugend zu lösen, auch im Sinne einer sich auf alte demokratische Traditionen rückbesinnender Geschichtsdimension - ein Gedanke, den Gustav Heinemann bereits im Rastatter Freiheitsmuseum institutionalisiert hat. Denn gewiß ist die Bundesrepublik Deutschland nicht ohne Weimar, auch nicht ohne die NS-Diktatur, nicht ohne Tod, Verfolgung und Leiden oder Opfer, nicht ohne den Zweiten Weltkrieg und eben auch nicht ohne die alliierte Besatzungszeit darzustellen. Ein systematischer Ansatz, wie ich ihn charakterisiert habe, würde die Vorläufer der ersten gelungenen demokratischen Grundstruktur in Deutschland als deren grundlegendes Ordnungsprinzip integrieren - kurzum, beim Demokratisierungsprozeß, der langausgreifende historische Traditionen hat, ansetzen.

In ihrem Verfahrensvorschlag hat die SPD-Bundestagsfraktion die Gründung einer Stiftung des öffentlichen Rechts als langfristigen Träger des "Hauses der Geschichte" vorgeschlagen. Hierüber wurde mit der Bundesregierung Übereinstimmung erzielt. Für die Vorbereitungsphase hat die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag den Herrn Bundespräsidenten gebeten, einen Gründungsausschuß in Form eines wissenschaftlichen Beirates zu berufen, dessen Mitglieder auf Vorschlag aller Fraktionen bestimmt werden sollen. Die Einschaltung des Bundespräsidenten würde es ermöglichen,



daß sich das Parlament in den personellen Vorschlägen repräsentiert sieht, daß also die Ausgestaltung des "Hauses der Geschichte" nicht als Resultat einseitiger historisch-politischer Positionen vorgenommen werden kann. Weiter ist ein Beirat vorgesehen, der mit den Vertretern der Länder, der Parteien, der Gewerkschaften und der Verbände besetzt werden soll, der den Aufbau und den Ausbau beratend begleitet.

Es gibt eine breite öffentliche Diskussion über die Ausgestaltung des Gedenkens an die historische Zäsur des 8. Mai 1945, dessen 40jähriger Wiederkehr wir in diesem Jahr erinnern. Der Bundestag wird dieses Ereignis in einer Gedenkstunde mit dem Bundespräsidenten würdigen und darin seiner Verantwortung von Ende der Nazidiktatur und Neubeginn der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland gerecht zu werden suchen.

Mir erscheint es sinnvoll, den 8. Mai 1985 zum Anlaß der offiziellen Gründung des "Hauses der Geschichte" zu nehmen. Dies wäre ein symbolischer Akt, mit dem der Bundespräsident den Willen der Bundesrepublik bekunden könnte, zu ihrer ganzen Geschichte und dem gelungenen Neubeginn der Demokratie zu stehen, über die Parteigrenzen hinaus. Schon die Mitglieder des Parlamentarischen Rates haben - aus sehr überlegten Gründen übrigens - den Jahrestag der Kapitulation als Chance für den demokratischen Neubeginn herausgestellt. Die Schlußabstimmung über das Grundgesetz wurde auf den 8. Mai 1949 festgelegt.

Ich meine also, mit einer Erklärung des 8. Mai 1985 zum offiziellen Gründungstag des "Hauses der Geschichte" könnte ein historischer Bogen vom Ende der Diktatur zur Geburtsstunde der freiheitlichen Demokratie und seiner republikanischen Traditionen, die ins 19. Jahrhundert zurückgehen, geschlagen werden. Bundespräsident Richard von Weizsäcker sollte diese Chance ergreifen. (-/11.4.1985/bb/ks)

+ + +



Bleifreies Benzin billiger machen!

Die dilettantische Umweltpolitik der Regierung ist beispiellos

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Mitglied des Arbeitsbereichs Umweltschutz der SPD-Bundestagsfraktion

Was von SPD-Politikern und Sachverständigen aus Wirtschaft, Industrie und Verbänden vorhergesagt wurde, ist nach dem 1. April prompt eingetroffen: bleifreier Sprit bleibt teurer als bleihaltiger, die Mineralölsteuersenkung um zwei Pfennig pro Liter reicht nicht aus, um wenigstens Preisgleichheit herzustellen.

Damit hat die Bundesregierung der Umwelt erneut einen Bärendienst erwiesen. Der Wunsch von Finanzminister Stoltenberg, aus der Mineralölsteuer cirka zweieinhalb Milliarden Steuernehreinnahmen (wie die Experten geschätzt) zu erzielen, wog offenbar schwerer als eine kräftige Förderung des Umweltautos. Nach den kläglichen Brüsseler Beschlüssen hat die Bundesregierung mit diesem ineffektiven Gesetz den stärksten Hebel aus der Hand gegeben, um dem Katalysatorwagen rasch zum Durchbruch zu verhelfen.

Der umweltbewußte Autokäufer wird nunmehr doppelt "bestraft": einmal durch die teureren Anschaffungskosten des Wagens, mit nur minimalem Kfz-Steuerausgleich, zum andern durch den höheren Benzinpreis. Eine kräftige Senkung der Mineralölsteuer für unverbleiten Sprit um mindestens fünf bis sieben Pfennig/l, wie von der SPD-Fraktion gefordert, hätte auch denjenigen Autofahrer motiviert, der weniger nach umweltpolitischen als nach finanziellen Gesichtspunkten entscheidet, weil er nämlich bei jeder Tankfüllung spürbar "belohnt" würde, indem er für die gleiche Benzinmenge erheblich weniger bezahlt als der, der Bleibenzin tanken muß. Die Folge ist zwangsläufig: eine rasch wachsende Zahl an Katalysatorwagen bedeutet zunehmenden Bedarf und provoziert ein flächendeckendes Angebot an bleifreien Tankstellen - beides verschärft den Wettbewerb und drückt zusätzlich auf den Preis.

Graf Lambsdorff hat mit seiner Kritik schon recht: die Bundesregierung, die sich so marktgläubig gibt, versteht weder etwas von den Marktmechanismen noch von der Psychologie des Käuferverhaltens.

Die Erfahrungen aus den USA hätten uns als Lehre dienen können: noch heute tanken rund 13 Prozent der Fahrer von Katalysatorwagen bleihaltiges Benzin, obwohl damit der Katalysator funktionsunfähig gemacht wird. Einziger Grund, das Bleibenzin ist billiger als das bleifreie.

Zimmermanns Katalysatorpolitik ist auf der ganzen Linie eine Pleite:

- die Kfz-Steuer-Anreize bleiben nach dem Brüsseler Desaster zu gering und damit unattraktiv,
- die Mineralölsteuersenkung ist ein Schlag ins Wasser,
- die noch ausstehenden "europäischen Abgasnormen" anstelle der strikten US-Vorschriften bleiben vorerst nebulös; der Verdacht liegt nahe, daß sie auf eine weitere Schwächung hinauslaufen.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten, daß die Autokäufer weiter verunsichert sind, die Automobilindustrie abwartet, die schon auf dem Markt befindlichen Umrüstsysteme, die wenigstens für einen Teil der 24 Millionen Altwagen genutzt werden könnten, liegenbleiben, die Altfahrzeuge länger im Betrieb bleiben und die Luft verschmutzen.

Das Ganze nennt sich Umweltpolitik. Zimmermanns Dilettantismus ist nicht mehr überbietbar. Der Wald stirbt weiter.
(-/11.4.1985/bb/ks)

+ + +



Die Mär vom "spin-off"

Fakten gegen die Krieg der Sterne-Enthusiasten

Von Dr. Hans Günter Brauch

Leiter der Arbeitsgruppe Friedensforschung und Europäische Sicherheitspolitik
an der Universität Stuttgart

Die Teilnahme der Bundesrepublik am amerikanischen Forschungsprogramm zur Entwicklung des Sternenkriegskonzepts oder der strategischen Verteidigungsinitiative wird von einigen Befürwortern damit begründet, "wir dürfen technologisch nicht abgehängt werden". Damit wird die Hoffnung verbunden, aus diesem amerikanischen militärischen Forschungsprogramm einen positiven spin-off, das heißt eine Verwertung der Militärforschung für die zivile Produktion zu erzielen. Die Bewertung des zivilen spin-off ist in der Wissenschaft umstritten. 1970 stellte von Götz in einer Arbeit zur Forschungsökonomie in der Luft- und Raumfahrtindustrie fest, "daß die Bedeutung des spin-off am meisten von den an hohen Forschungs- und Entwicklungsausgaben interessierten Gruppen hervorgehoben und ohne Zweifel zum Teil übertrieben wird". Die OECD kam in einem etwas älteren Bericht über die amerikanische Rüstungsforschung ebenfalls zu dem Ergebnis, "daß das Ausmaß des spin-off in Europa stark überschätzt wurde". Zahlreiche amerikanische Wissenschaftler wie Etzioni und Melnar haben wiederholt auf die wachstumshemmende Wirkung von militärischen Forschungs- und Entwicklungsausgaben verwiesen.

Ein Vergleich der militärischen Forschungs- und Entwicklungsausgaben zwischen den USA, der Bundesrepublik und Japan ergab für die Jahre 1955 bis 1971

- Während die USA acht bis 15 Prozent ihre Militärausgaben für Rüstungsforschung ausgaben, waren es in der Bundesrepublik ein bis fünf Prozent und in Japan unter zwei Prozent.
- Während die USA zwischen 45 bis 85 Prozent ihrer öffentlichen Forschungsförderung in die Rüstung steckte, waren es in der Bundesrepublik bis zu 20 Prozent, in Japan jedoch unter fünf Prozent.

In der selben Zeit erlebte die Bundesrepublik ihr Wirtschaftswunder und Japan gelang es durch die Förderung der zivilen Forschung, die Vereinigten Staaten in zahlreichen technologischen Bereichen zu verdrängen, zum Beispiel Konsumelektronik und zunehmend im Bereich der Bürotechnik und Computertechnik Konkurrenz zu machen. Der japanische Erfolg wurde nicht über den Umweg der Militärforschung erzielt. Die amerikanischen ökonomischen Probleme der 70er Jahre waren teilweise auch ein Ergebnis des Abzugs



der qualifiziertesten Wissenschaftler von der zivilen in die militärische Forschung. Folgende Faktoren erschweren einen spin-off von der Militär- zur zivilen Produktion:

- a) hoher Grad der Geheimhaltung.
- b) Abhängigkeit von einem Abnehmer, staatsdirigistische oder staatssozialistische Ordnungsprinzipien behindern Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.
- c) Im Falle von SOI haben sich die USA in Artikel 9 des ABM-Vertrages verpflichtet, "ABM-Systeme oder ihre Bestandteile nicht an andere Staaten weiterzugeben" und nach der gemeinsamen Erklärung G vom Mai 1972 haben sich die Supermächte verpflichtet "anderen Staaten keine technischen Beschreibungen und Blaupausen bereitzustellen, die für die Herstellung von ABM-Systemen und ihrer Komponenten ... dienen können".
- d) Im Bereich der Computer-Technik und Software-Entwicklung wäre eine Zusammenarbeit möglich. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß der Kongreß seine europäische Konkurrenz mitfinanziert. Senator Lugar hat bereits angekündigt, eine europäische Beteiligung an Forschungsprogramm von höheren Militärausgaben der Europäer abhängig zu machen.
- e) Bei einem Technologietransfer nach Europa kann das Pentagon aus Sicherheitsgründen Einspruch erheben.

Folgende Alternative bietet sich an

Auf der Weltraumkonferenz der UNO im August 1982 in Wien forderten die Staaten der Dritten Welt, eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Nutzung des Weltraums. Die europäische Trägerrakete Ariane wird verstärkt auch von Staaten der Dritten Welt genutzt. Statt über den unsicheren und kostspieligen Umweg der Forschung für das Konzept vom Krieg der Sterne sollten die Westeuropäer ihre zivile Forschung im Rahmen der Europäischen Weltraumagentur erweitern.

- um die Grundlagenforschung voranzutreiben
- um den eigenen Bedürfnissen und den Bedürfnissen der Dritten Welt an einer friedlichen Nutzung des Weltraums zu entsprechen und
- um durch die Schaffung einer europäischen Weltraumüberwachungsbehörde einen unabhängigen Beitrag zur Überprüfung der Einhaltung von Rüstungskontrollabkommen zu leisten.

Damit kann der Staatsdirigismus der geheimen Militärforschung vermieden und die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Unternehmen gefördert und zugleich ein positiver Beitrag für Frieden und Entwicklung geleistet werden. Ein Einspruch des Pentagon gegen einen Technologietransfer an die Verbündeten und potentielle Gegner wäre dann nicht zu befürchten.

(-/11.4.1985/va/ks)

+ + +

Kohls Europapolitik - Immer neue Kapriolen!

Bonn für Deckweine aber gegen "rektifizierten Traubenmost"

Von Dr. Fritz Gautier

Mitglied des Europäischen Parlaments

Die Europapolitik der Bundesregierung ist fast nur von Widersprüchlichkeiten geprägt. Die CDU/CSU/FDP-Regierung redet von Haushaltsdisziplin, fordert aber Agrarpreiserhöhungen, die mehrere Milliarden DM kosten. Die Bundesregierung redet von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat, aber Bauernminister Klechle darf mit Rücken- deckung des Kanzlers ein "Veto" gegen Getreidepreissenkungen einlegen.

Einen Salto mortale schlägt die Regierung allerdings mit ihrer Weinpolitik. Bundes- tag und Bundesrat billigen eine Verlängerung des deutschen Weingesetzes, damit auch in Zukunft ausländischer Deckwein den deutschen Rotweinen beigesetzt werden kann. Der ausländische Deckwein soll für die richtige Rotfärbung sorgen, da deutscher Rot- wein nicht rot genug ist, und dieses bei einer schwarzen Regierung. Der ausländische rote Deckwein verfälscht den Geschmack des guten deutschen Rotweins natürlich nicht. Aber neutraler "rektifizierter Traubenmost" im Gegensatz zur Maßzuckerung oder im Gegensatz zum roten Deckwein ist natürlich des Teufels. Und für eine christliche Bundesregierung ist deshalb ein Verbot von rektifizierten Traubenmost selbstver- ständlich.

Wen wundert es, wenn bei so viel Widersprüchlichkeit die EG-Kommission die Bundes- republik vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt. Die EG-Kommission verklagt die Bundesrepublik (Antsblatt 081/2, 29. März 1985), weil sie die Benutzung von rekti- fizierten Traubenmost zur Herstellung von Landwein und von Qualitätswein b.A. ver- bietet, aber selbstverständlich Zucker und Flüssigzucker zuläßt.

Roter Deckwein ja - rektifizierter Traubenmost nein, das hat wohl bald ein Ende, hoffentlich, auch im Interesse des deutschen Verbrauchers, der ja so viel Wert auf Reinheit legt.
(-/11.4.1985/va/ks)

+ + +

